

Die neue Volkspartei

Neubau

KLUB DER ÖVP BEZIRKS RÄTINNEN UND BEZIRKS RÄTE NEUBAU

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **27.06.2019** folgenden

Resolutionsantrag

betreffend Übernahme von mehr Verantwortungsbereitschaft für die Folgen des U-Bahnbaus im Bezirk

Die Bezirksvertretung des Bezirks Neubau fordert die zuständige Stadträtin dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass sich die Wiener Linien im Zuge des Baus einer neuen U-Bahnlinie verstärkt ihrer Verantwortung für die negativen Folgeerscheinungen durch die damit verbundenen Projektarbeiten bewusst sind und sich daher aktiver, auch finanziell gesehen, an etwaigen Ausgleichsmaßnahmen beteiligen.

Begründung:

Grundsätzlich ist die Erweiterung des U-Bahnnetzes in der geplanten Form zu begrüßen, auch wenn die lange Bauzeit für den Bezirk und seine Bevölkerung eine ziemliche Herausforderung darstellt. Allerdings liegt es in der Verantwortung der Planer und Projektanten, wie etwa die Wiener Linien, die negativen Auswirkungen, die von der Umsetzung des Projektes im Zuge des Baus zu erwarten sind, so gering wie möglich zu halten und gegebenenfalls entsprechende, auch finanzielle und organisatorische Ausgleichsmaßnahmen zu setzen. Besonders die Wiener Linien, die sich im indirekten Besitz der Stadt Wien befinden, können sich dieser Verpflichtung nicht entziehen. Derzeit allerdings hat man den Eindruck, dass sich die Wiener Linien ihrer Verantwortung nicht bewusst sind und sich auf den reinen Rechtsstandpunkt zurückziehen und damit die Bevölkerung und die Geschäftsleute im Bezirk mit den Negativfolgen des U-Bahnbaus alleine lassen.